

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

3/2019
TRANSFORMATIVE
BILDUNG
FÜR NACHHALTIGE
ENTWICKLUNG

Das grüne Produkt als
Standard. Seite 2

Wie vergrößere ich meinen
Handabdruck? Seite 3

Interview: Weit mehr als ein
nichtiger Tropfen auf dem
heißen Stein. Seite 4

EDITORIAL



Ingmar Jürgens,
Stellv. Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

Al Gore brachte es mit seinem Dokumentarfilm schon vor vielen Jahren auf den Punkt: die Klimakrise ist eine unbequeme Wahrheit – genauso wie Menschenrechtsverletzungen, Artensterben oder Armut. Und sie ernst zu nehmen nervt. Doch jetzt reiben uns die Kinder und Jugendlichen diese Wahrheiten direkt unter die Nase und Viele fragen sich: Was kann ich tun?

Respekt vor der Vielfalt möglicher Lösungen ist sehr wichtig, um gemeinsam etwas zu bewirken – nicht arm gegen reich, Land gegen Stadt, Bewahrung gegen Veränderung. Und ein gutes Leben für alle geht nur, wenn wir Wohlstand stärker an der Qualität unserer Beziehungen zueinander messen, statt nur am Konsum.

Wir können viel tun, ohne den Staat um Erlaubnis zu bitten. Und wir müssen diese Handlungsspielräume wahrnehmen. Aber damit die gesellschaftliche Transformation gelingt und privates und wirtschaftliches Handeln seine volle Wirkung entfalten kann, müssen wir zusätzlich die Politik auffordern, endlich den Spielraum dafür zu schaffen.

Warum ich politisches
Engagement wichtig finde



Carola Rackete
Ökologin und Aktivistin

Die Bewältigung der Klimakrise ist eine Frage der Gerechtigkeit. Sie verstärkt bereits bestehende Fluchtursachen und wird Millionen in Armut stürzen. Unser Konsum zerstört die Lebenswelt vor allem armer Menschen, wenn sich zum Beispiel Unternehmen deren Land aneignen. Aber es geht nicht nur darum, dass jeder einzelne seinen ökologischen Fußabdruck verringert. Am wichtigsten ist, dass wir gemeinsam eine klimagerechte und menschenwürdige Politik fordern. Es war ein unglaubliches Gefühl, auf den Großdemos in den letzten Wochen zu sehen, wie viel Potenzial es gibt für mehr Engagement in Sachen Klimagerechtigkeit.

Was kann ich tun?

... oder warum das nachhaltige Verhalten zum Standard werden muss

Als Greta Thunberg in der US-amerikanischen Sendung „The Daily Show“ zur besten Sendezeit gefragt wird, was die Menschen gegen die Klimakrise tun könnten, antwortete sie: „Wir als Individuen müssen die Macht der Demokratie nutzen, damit unsere Stimmen gehört werden und wir sicherstellen, dass die Mächtigen das nicht länger ignorieren können.“ Ihre Botschaft ist klar: wir sollen uns für **politische Lösungen** einsetzen.

Es gibt viele politische Hebel, um nachhaltiges Verhalten zu fördern und eine Kehrtwende unserer aktuellen Wirtschafts- und Lebensweise einzuläutern, wie Bepreisungen, finanzielle Anreize oder Förderung von Alternativen. **Nachhaltiges Verhalten** muss in unserer Gesellschaft nicht nur **preiswerter**, sondern auch **leichter, naheliegender** und **Standardoption** sein. Und zwar in Bezug auf alle Lebensbereiche. Ein paar Beispiele: Erneuerbare Energien als Standardangebot eines jeden Stromanbieters, die Fortbewegung zu Fuß, mit Fahrrad, Zug und Bahn als angenehmste und günstigste Optionen oder die gesamte Versorgung von öffentlichen Einrichtungen wie (Hoch-)Schul- und Unternehmenskantinen mit regionalen und ökologischen Erzeugnissen (s. Artikel auf Seite 2).

Die meisten Menschen verhalten sich nicht klimaschädlich, weil sie sich aktiv dazu entscheiden, sondern aus purer Gewohnheit, weil alle in ihrem Umfeld es so machen oder die Zeit fehlt, sich mit Alternativen auseinanderzusetzen – als Folge einer kommerzialisierten Schaffung von Bedürfnissen und eines anspruchslosen Freiheitsbegriffes. Zum Teil auch um die Klimakrise als sehr bedrückendes Thema zu verdrängen. Die dringliche Frage ist nun: **Wie kommen wir zu den notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen**, die klimaschädliches Verhalten erschweren und klimaschützendes Verhalten zum Standard machen?

Wir haben darauf zwei Antworten:

- 1. Wir müssen neue Rahmenbedingungen einfordern und Politiker*innen zu größeren Veränderungen ermutigen.** Eckart von Hirschhausen, der sich im Rahmen von Scientists for Future und Doctors for Future für stärkeren Klimaschutz einsetzt, brachte es vor Kurzem auf einer Nachhaltigkeitstagung auf den Punkt. Er forderte von Politiker*innen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene: „**Trauen** Sie sich, große Veränderungen in unseren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vorzunehmen. Und **vertrauen** Sie darauf, dass die Menschen sich schneller an die notwendigen Veränderungen anpassen, als sie denken ...“.
- 2. Wir können Veränderungen in unserem gesellschaftlichen Umfeld selbst in die Hand nehmen.** Die planetaren Grenzen sind nicht verhandelbar, aber damit Veränderungsprozesse



Seit einem Jahr gehen Kinder und Jugendliche hier und weltweit freitags auf die Straße um zu streiken. Sie setzen sich ein für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit und fordern die Politiker*innen dazu auf, zu handeln und eine angemessene Klimapolitik umzusetzen.

akzeptiert werden und auch funktionieren, müssen sie gemeinsam gestaltet und lokal angepasst sein.

Vor diesem Hintergrund muss gerade auch die Bildungsarbeit mutiger werden und entsprechende Handlungsoptionen aufzeigen. Um die globale Klimaerwärmung auf 1,5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen, reicht es nicht, Wissen zu erweitern oder Einstellungen zu verändern. Am Ende zählt, ob wir die uns umgebenden Strukturen ändern – hier und in Kooperation mit den großen Schwellenländern. Dafür brauchen Bildungsakteure neue Narrative, Bildungsmaterialien zu politischeren Handlungsoptionen, Tools und Räume, in denen Lernende sich ausprobieren, in reale Strukturen hineinwirkende Projekte entwickeln und umsetzen können sowie dabei unterstützt werden.

Neben der von außen gegebenen Notwendigkeit struktureller Veränderungen spricht auch aus psychologischer Sicht einiges dafür, Menschen nicht nur als Konsument*innen sondern als Gestalter*innen ihrer Mitwelt zu begreifen und als solche in Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit anzusprechen: Besonders mit den Hitzesommern 2018 und 2019, den Protesten im Hambacher Wald am Rheinischen Braunkohlerevier und spätestens nachdem hunderttausende Schüler*innen weltweit jeden Freitag für Klimagerechtigkeit auf die Straße gehen, sind die planetaren Grenzen und die absolute Dringlichkeit von Klimaschutz ins öffentliche und private Bewusstsein vieler Menschen gerückt. Und je größer unser Problembewusstsein hinsichtlich der aktuellen Herausforderungen ist, desto eher wünschen wir uns Handlungsoptionen, mit denen wir auch eine ansatzweise angemessene Wirkung erzeugen können. Daher wollen immer mehr Menschen mehr tun, als nur ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern, was vielen wie ein Tropfen auf dem heißen Stein erscheint.

In der Psychologie bezeichnet man die Passung der Größe von wahrgenommenen (Nachhaltigkeits-)Herausforderungen und der Größe von angebotenen Handlungsoptionen als „**Epistemic Fit**“. Je besser die Handlungsoptionen also zur Größe der Herausforderung passen, umso eher steigt auch die Selbstwirksamkeitserwartung, etwas zur Lösung der Herausforderungen beitragen zu können. Und **je größer die Selbstwirksamkeitserwartung, desto wahrscheinlicher kommen wir ins Handeln** (s. Seite 4).

Ein positives Symbol und transformatives Konzept, das Germanwatch in seiner Bildungsarbeit verwendet, um zu strukturveränderndem Handeln zu ermutigen, ist der sogenannte **Handabdruck (Hand Print)**. Den Handabdruck zu vergrößern, bedeutet größere Veränderungen in unserem Umfeld anzuregen, die nachhaltiges Verhalten für mehr Menschen leichter machen, und sich politisch zu engagieren, um nachhaltige Rahmenbedingungen bei Politik und Wirtschaft einzufordern. Es ist eine proaktive Ergänzung zum ökologischen Fußabdruck, der sich auf das Individuum oder Unternehmen bezieht und auf die Möglichkeiten zur Reduktion negativer Folgen des eigenen Handelns konzentriert.

Mit den Demonstrationen zum dritten weltweiten Klimastreik am 20. September, an dem allein in Deutschland rund 1,4 Millionen Menschen teilgenommen haben, ist der politische Druck weitergewachsen. Das von der Regierung vorgelegte Klimaschutzpaket passt noch nicht zur Größenordnung der Herausforderung. Es geht darum, den Handlungsspielraum, der durch den wachsenden Druck entsteht, zu nutzen. Auf EU-Ebene, in Deutschland, aber auch indem wir den gesellschaftlichen Wandel in konkrete lokale und regionale Strukturen hineinbringen.

Marie Heitfeld & Alexander Reif

Der Handabdruck als Hebel für gesellschaftliche Veränderungen

Mit dem Ansatz des **Handabdrucks (Hand Print)** ermutigt und befähigt Germanwatch Menschen dazu, Veränderungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen mitzugestalten, um nachhaltiges Verhalten für alle leichter, preiswerter oder naheliegender zu machen. Die grundlegende Annahme und zugleich das Ziel von Engagement im Sinne des Hand Prints: **nachhaltige Optionen** in allen Lebensbereichen von Ernährung über Energie und Mobilität bis hin zu Geldanlagen **sollten die Standardoptionen sein**. Politik und Institutionen müssen dafür den Rahmen setzen.



Hand Print

Wir zeigen in unserer Bildungsarbeit daher Handlungsmöglichkeiten auf, die **Lernende nicht nur als reine Konsument*innen, sondern als Gestalter*innen ihres Umfelds ernst nehmen**. Wir ermutigen Menschen, die mehr tun wollen, als ihren individuellen ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Wir unterstützen sie dabei zu entdecken, **wo und wie sie strukturelle Hebel** in ihrem Umfeld in Bewegung setzen können. Diese Veränderungen können auf verschiedenen Ebenen ansetzen: In Parteien, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, anderen Vereinen, (Hoch-)Schulen, Unternehmen, Kom-

munen oder Verbänden – je nachdem, wo eine Person Ansatzpunkte für sich sieht, Verbündete hat, die Entscheidungsstrukturen kennt oder Veränderungen dringend notwendig findet.

Dabei dient der Handabdruck als Symbol für positives, strukturveränderndes Handeln und ist inspiriert von der indischen NGO *Centre for Environment Education India*.

Hinter diesem Scancode verbergen sich weitere Informationen und Materialien zum Hand Print, die Lust auf und Mut zur Transformation machen.



Wenn das grüne Produkt zum Standard wird

Interview mit Sylviane Chassot, Journalistin bei Finanz und Wirtschaft mit Schwerpunkt Energie

Im Jahr 2012 stellten die St. Galler Stadtwerke ihr Standardangebot in der Stromversorgung für alle Haushaltskunden sowie Gewerbe und Industrie in der Stadt auf einen ökologischeren Strom-Mix um. Vor dem Wechsel hatten sich nur rund 10% der Stadtbevölkerung selbst aktiv für Strom aus Erneuerbaren Energien entschieden. Jetzt wurde Öko-Strom zum Standardangebot und man musste aktiv herausoptieren. 90% blieben beim Ökostrommix, nur 10% wechselten aktiv zurück zum billigeren Kernstrom-Mix. Sylviane Chassot hat das Projekt 2011 mit ihren damaligen Kolleg*innen von der Universität St. Gallen wissenschaftlich begleitet und darüber eine Studie mit dem Titel „Wenn das grüne Produkt zum Standard wird“ veröffentlicht.



Und wie erklären Sie sich, dass nach der Änderung des Standardangebots nur sehr wenige Menschen wieder zurück zum preiswerteren, nicht-erneuerbaren Stromangebot wechselten?

Strom ist für die meisten Menschen ein sehr abstraktes Produkt. So kommt es, dass sich viele Haushaltskunden bei der Wahl des Produkts auf eine Person oder Institution verlassen, die sie als kompetent einschätzen. Und wer, wenn nicht die eigene Stromversorgerin, sollte geeigneter sein, eine Empfehlung zum Strom-Mix abzugeben? Statt also eine aktive Auswahl zu treffen, bleiben viele Kunden und Kundinnen bei dem Produkt, welches das Energieversorgungsunternehmen ihnen standardmäßig liefert.

Warum haben sich vor der Änderung der Standardoption nur so wenige Bürger*innen für die nachhaltigere Stromversorgung entschieden?

Wir sind von morgens bis abends mit mehr oder weniger komplexen Entscheidungen konfrontiert. Eine Studienteilnehmerin beschrieb einmal, wie Entscheidungen ohne Deadline daher immer wieder aufgeschoben werden: „Das ist wie 'ne Erledigungsblockade haben. To-Do-Listen schreiben, die man fleißig arbeitet, um dann so'n paar kleine Punkte immer auf die nächste Liste mit rüberzuschoben. Und so ein paar Sachen werden halt immer weiter rübergeschoben [...] Die Empörung, die man zwischen durch empfindet, reicht offensichtlich nicht aus, sich hinzusetzen.“

Wie beurteilen Sie die Wirkung der Veränderung der Standardoption nach sieben Jahren?

Seit der Einführung des neuen Systems haben die St. Galler Stadtwerke über die neuen Stromprodukte Mehreinnahmen erzielt, die sie zweckgebunden für den Zubau von erneuerbarem Strom sowie für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen eingesetzt haben. Zudem wurden auch Einspeisetarife festgelegt, um Anreize für Private zu schaffen, selbst in Photovoltaikanlagen zu investieren. Weitere Ökologisierungsschritte sollen in den nächsten Jahren folgen, habe ich von den St. Galler Stadtwerken gehört. In der öffentlichen Wahrnehmung stößt diese „nachhaltige Verbesserung“ überwiegend auf positive Resonanz. Natürlich ist es schwierig, die Wir-

kung mit absoluten Zahlen zu erfassen. Tatsache ist aber, dass – auch dank kommunikativer Maßnahmen – die Anzahl Personen in St. Gallen, die sich mit dem Thema Strom-Mix auseinandersetzen, zugenommen hat. Es sind immer noch rund 10% der Kundinnen und Kunden, welche aktiv das günstigste – nicht nachhaltige – Produkt gewählt haben.

Was hindert andere Städte daran, Strom aus Erneuerbaren Energien als Standardoption festzulegen?

Ein Hindernis ist die enge Verflechtung zwischen regionalen Versorgern und den überregionalen Stromproduzenten. Diese Stromproduzenten sind Eigentümer der Atomkraftwerke und haben mit dem Zubau erneuerbarer Energien relativ lange gezögert. Ein weiteres Argument gegen die Änderung der Standardoption ist die angebliche Bevormundung der Stromkunden. Nur: Wo auch immer ich bisher neu eingezogen

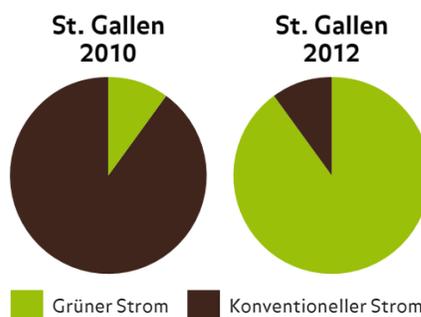
bin, ging das Licht immer gleich an, sobald eine Glühbirne da war. Irgendein Stromprodukt ist also im Alltag für einen Großteil der Wohnbevölkerung vorausgewählt. Warum ist es Bevormundung, wenn der Versorger ein Ökostrom-Produkt als Standard vorgibt, aber nicht, wenn es ein Atomstrom-Produkt ist?

In welchen anderen Bereichen sehen Sie Potenzial, durch andere Auswahloptionen oder Standardeinstellungen nachhaltiges Verhalten zu erleichtern?

Es gibt unzählige sinnvolle Beispiele, im Großen wie im Kleinen, wo ein Unternehmen oder eine Behörde unseren Alltag durch eine Vorauswahl nachhaltiger machen könnte – von der Frage, ob ein Drucker standardmäßig auf ein- oder doppelseitigen Ausdruck eingestellt ist bis hin zur viel diskutierten Organspende-Thematik. Viel Potenzial gibt es auch in der Ernährung. Zum Beispiel war am St. Galler Forum für Management Erneuerbarer Energien 2019 die Vorauswahl für das Konferenz-Dinner die vegetarische Variante – wer Fleisch wollte, musste sich bei der Anmeldung aktiv dafür entscheiden. Bis auf eine Person hatten alle an meinem Tisch das vegetarische Menü.

Interview: Marie Heitfeld

Weitere Infos:
Chassot, S., Wüstenhagen, R., Fahr, N., Graf, P. (2013): Wenn das grüne Produkt zum Standard wird – Wie ein Energieversorger seinen Kunden die Verhaltensänderung einfach macht. Organisationsentwicklung, Nr. 3, 80-87.



Quelle: Universität St. Gallen

Das brasilianische Schulspeisungsgesetz – ein Katapult für ökologische, kleinbäuerliche Landwirtschaft, regionale Vermarktung, Klimaschutz und gesunde Ernährung

Die ländlichen Regionen im Süden Brasiliens sind traditionell und bis heute durch Kleinbauernbetriebe geprägt (ca. 40% Familienbetriebe mit Parzellengrößen bis zu 25 ha), die für die Ernährung der Bevölkerung bedeutend sind. Zunehmend weitet sich jedoch die agroindustrielle Produktion von Tierfutter, Fleisch und genmanipuliertem Saatgut aus. Dies bedroht nicht nur die kleinbäuerlichen Strukturen. Durch den übermäßigen Gebrauch von Pestiziden, der seit dem Amtsantritt der rechtspopulistischen Regierung Bolsonaro 2019 zusätzlich anstieg, treten vermehrt Umwelt- und Gesundheitsprobleme bei der ländlichen Bevölkerung auf. Brasilien ist laut den Vereinten Nationen führend im Verbrauch von Pestiziden. Seit einer neuen Gesetzesinitiative sind im Jahr 2019 bereits 290 neue Agrotoxide zugelassen und insgesamt 2.123 lizenziert worden.

Doch es regt sich Widerstand: Ganz im Süden des Landes hat das *Centro de Apoio ao Pequeno Agricultor* (CAPA), eine Partnerorganisa-

tion von Brot für die Welt, ein Netzwerk von Öko-Betrieben aufgebaut. Das Besondere an diesem Netzwerk: Die Öko-Betriebe versorgen städtische (Hoch-)Schulen und Kindergärten mit ihren biologisch und regional angebauten gesunden Lebensmitteln. Diese Kooperation in den drei Bundesstaaten Rio Grande do Sul, Santa Catarina und Paraná wurde bereits 2009 im Schulspeisungsgesetz festgelegt und katalysierte die Biolandwirtschaft aus der Nische heraus mitten in die Gesellschaft. Das nationale Schulspeiseprogramm (PNAE) muss seitdem zu mindestens 30% aus der familiären Kleinbauernproduktion bedient werden. Das Gesetz ist Ergebnis langjähriger Advocacy-Arbeit und konnte nur durch enge Kooperation der Zivilgesellschaft mit der Politik – beispielsweise in den Ernährungsbeiräten CONSEA – eingeführt und umgesetzt werden.

Das Gesetz und die dahinterstehende Initiative bringen nachhaltige Entwicklung gleich auf drei Ebenen voran: Es profitieren kleinbäuerliche

Betriebe durch die sichere Abnahme ihrer ökologisch angebauten Produkte, in Bildungsstätten wird gesunde Ernährung angeboten und die regionale nachhaltige Landwirtschaft schont Klima und Böden. Des Weiteren berät CAPA kleinbäuerliche Betriebe beim Anbau von traditionellem Saatgut zur Einführung von Saatgutbanken, um die Artenvielfalt zu erhalten. Der ganzheitliche Ansatz wurde zuletzt sogar mit dem „Future Policy Award“ des World Future Councils ausgezeichnet.

Derzeit befürchten viele Partnerorganisationen, dass der verhandelte, aber noch nicht von den Regierungen in Kraft gesetzte neue Freihandelsvertrag der EU mit Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern (Mercosur) die Macht der exportorientierten Privatunternehmer*innen stärken und den Flächenraub weiter anheizen würde. Die bereits bislang entstandenen Konflikte betreffen weite Teile Brasiliens, auch solche, die meist weniger im Fokus der Öffentlichkeit stehen und in denen Großgrundbesitzer stärker denn je gegen marginalisierte Kleinbauernfamilien, indigene oder Afrobrasilianer*innen vorgehen.

Bei dem Schulspeisungsgesetz aus ökologischem Anbau geht es um einen Ansatz, über dessen Umsetzung auch Kommunen in anderen Ländern nachdenken könnten. In Deutschland wurde eine ähnliche Forderung erst vor wenigen Wochen von Renate Künast von den Grünen in die politische Diskussion gebracht. Sie fordert, in allen öffentlichen Kantinen auf regionale Bio-Produkte umzustellen: „Wenn alle Schulen, Kitas und Krankenhäuser bei der Verpflegung auf Bio-Lebensmittel setzen, ist das eine Botschaft an die Bauernfamilien auf dem Land, die Umstellung zu wagen.“

Mathias Fernsebner, Brot für die Welt



Isasmin Roloff (links) hat von Tabak auf Bio-Gemüse umgestellt und beliefert Kitas und Schulen.

CAPA – Centro de Apoio ao Pequeno Agricultor

(dt.: Zentrum für Support und Förderung von Agrarökologie)

Die Organisation CAPA wurde 1978 von der Evangelischen Kirche in Brasilien gegründet. Sie setzt sich für die kleinbäuerliche Landwirtschaft und den ökologischen Landbau ein. CAPA ist in drei Bundesstaaten im Süden des Landes tätig. Mit ihren Fortbildungen erreicht die Organisation rund 20.000 Kleinbauern und -bäuerinnen. Von der erfolgreichen Lobbyarbeit der Organisation profitieren zudem rund 170.000 Menschen, die durch Schulspeisungen und andere staatlich geförderte Programme mit gesunden Lebensmitteln versorgt werden.

In der Lobbyarbeit ist CAPA überregional vernetzt und hat in den letzten drei Jahren in 70 Gremien der drei Bundesstaaten politische Vorschläge zur Stärkung der Agrarökologie eingebracht. Die Förderung dieses Projekts hat bei Brot für die Welt in Brasilien einen besonderen Stellenwert, da durch CAPA wichtige Errungenschaften für die Ernährungssouveränität von benachteiligten Gruppen (z.B. Kleinbäuerinnen und -bauern, traditionelle Gemeinschaften, indigene Gruppen) erreicht wurden.



Einmal in der Woche wird diese Kita mit frischen Zutaten von lokalen Bäuerinnen und Bauern beliefert.



Was kann ich tun, um meinen Handabdruck zu vergrößern?

1 Für welches Thema brenne ich und möchte mich gerne (noch stärker) einsetzen?

Nachhaltige Mobilität	Ökologische Landwirtschaft	Erneuerbare Energien und Rohstoffnutzung	Schutz von Ökosystemen
Einhaltung der Menschenrechte	Unternehmensverantwortung und nachhaltiges Wirtschaften	Teilhabe und Partizipation	

Wo setze ich an, um meinen persönlichen Handabdruck zu vergrößern? Wo und wie kann ich größere gesellschaftliche Veränderungen anstoßen, die mehr Menschen nachhaltiges Verhalten erleichtern?

Unser Entscheidungspfad soll helfen, über die Verringerung des eigenen ökologischen Fußabdrucks hinauszudenken und neue strukturelle Handlungsmöglichkeiten zu entdecken. Kreisen Sie hierfür bei jeder Frage Ihre Antwort ein und verbinden Sie ihre Antworten. Schreiben Sie anschließend Ihre ersten Schritte auf, um Ihren eigenen Handabdruck für eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu vergrößern.

2 Auf welcher Ebene kenne ich Strukturen und Entscheidungsprozesse und kann mir vorstellen, Veränderungen zu bewirken?

am Arbeitsplatz	in einer Partei	in der (Hoch-) Schule	in der Kirchengemeinde	im Jugendzentrum	im Verein/ einer NGO
in der Nachbarschaft	in der Stadt/ Gemeinde	auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene	_____	_____	_____

3 Wie kann ich mein Vorhaben am besten erfolgreich umsetzen?

Nachhaltige Alternativen aufzeigen	Argumente an Entscheidungsträger*innen kommunizieren	Nachhaltige Option zum Standard machen	Petition oder Bürgerbegehren starten
Änderungsvorschlag auf Versammlung oder Vorstandssitzung	Mit Abgeordneten reden	Nachhaltige Option kostengünstiger machen	_____
Geld nachhaltig anlegen & aus fossilen Unternehmen abziehen	Kreativer Protest/ Kunst & Kultur einbinden	_____	_____

4 Welche Verbündete brauche ich dafür?

Kolleg*innen/ Mitschüler*innen	Expert*innen		
Wirtschaftsakteur*innen	Politiker*innen		Initiativen
Medien	_____		_____

5 Wie vielen Menschen kann ich nachhaltiges Verhalten dadurch erleichtern?

20-50	50-100	100-300
300-1.000	1.000-5.000	5.000 +

6 Meine ersten notwendigen Schritte, um die strukturellen Veränderungen umzusetzen:

7 Potenzielle Verbündete, die ich ansprechen möchte:

Radentscheide: Radikale Verkehrswende von unten

Vor vier Jahren startete in Berlin die Initiative Volksentscheid Fahrrad mit zehn Zielen für den fahrradfreundlichen Umbau der Stadt. Alle sollen sicher und entspannt Fahrrad fahren können. Alle, das bedeutet vor allem die, die noch nicht Fahrrad fahren. Eine Infrastruktur soll entstehen, die das Fahrradfahren leichtmacht. Das Fahrrad ist das ideale Verkehrsmittel für urbane Distanzen und es fördert die Gesundheit. Menschen fürs Fahrrad zu begeistern ist somit Bestandteil der notwendigen Verkehrswende. Dies wurde zwar seit Jahrzehnten in politischen Sonntagsreden verkündet, aber werktags arbeitende Politik und Verwaltung fleißig am Gegenteil.

Über 100.000 Unterschriften sandten im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahl ein deutliches politisches Signal. Mitte 2018 verabschiedete das Abgeordnetenhaus das Mobilitätsgesetz, in dem sich die meisten Ziele des Radentscheids Berlin wiederfinden.

Auf Berlin folgten Bamberg, Darmstadt, Frankfurt, Kassel und viele weitere Städte. In NRW trat die Volksinitiative Aufbruch Fahrrad erfolgreich an, derzeit sammelt das Mobilitätswolfsbegehren Brandenburg Unterschriften. Die Bürger*innen nehmen es an immer mehr Orten selbst in die Hand, die Politik anzutreiben und verkehrspolitisches Versagen anzuprangern.

Alle Radentscheide erleben, dass sich schnell ausreichend Unterschriften für Bürger- und

Volksentscheide fanden, meist deutlich mehr. Sie erleben aber auch, dass die lokale Politik zwar nach den erfolgreichen Sammlungen mehr oder weniger bereitwillig auf ihre Forderungen eingeht, um jedoch anschließend den dynamischen Prozess in einen zähen Verwaltungsbrei zu verwandeln. Es geschieht meist zunächst nichts. Die Radentscheide machen die Erfahrung, dass der Umbau eines städtischen Verkehrssystems einem Marathonlauf gleicht, den sie an den Auftakt sprint noch anschließen müssen. Deshalb kämpfen alle Initiativen weiter. Mit guten Aktionen und klugem Lobbyismus halten sie den Flächenkonflikt auf der politischen Agenda.

Nachdem die Bundesregierung ein Klimapaket beschlossen hat, dessen politische Maßnahmen - vor allem im Verkehrsbereich - zum Erreichen

der Klimaziele nicht ausreichen, bleibt die Radentscheid-Bewegung vielleicht die letzte Möglichkeit, das autozentrierte Verkehrssystem zu knacken. Jeder Radentscheid ist eine Absage an die autogerechte Stadtplanung und ein Fanal für lebenswerte Städte.

Changing Cities, der Trägerverein des Radentscheids Berlin, und alle anderen Radentscheide sind immer bereit, neue Initiativen mit Know How zu unterstützen: Meldet euch! Es lohnt sich!

Denis Petri, Changing Cities

Weitere Infos: www.changing-cities.org



Fahrrad-Illustration unten: Holly McKelvey

Termine

- **Berlin, 30.10. 14:45-16:00 Uhr:** Diskussionsforum „Elektroschrott – Die Schattenseite der Digitalisierung“ mit Johanna Sydow. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/16997
- **Iserlohn, 07.11. 18:30 Uhr:** „Keine Zeit für halbe Sachen. Kommunaler Klimaschutz unter dem Druck der Zeit“, Diskussion und Vortrag mit Christoph Bals, Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/16780
- **Ludwigshafen, 13.11. 19:00-21:30 Uhr:** „EINE Welt für ALLE! Das päpstliche Lehrschreiben Laudato Si' – für Alle eine gelungene Provokation“, Vortrag und Dialog mit Christoph Bals, Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/16752
- **Vallendar, 22.-24.11.:** Germanwatch-Strategietage „Gemeinwohlorientierte Partizipation?“, mit Melanie Gehenzig und Marie Heitfeld. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/17018

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00, BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Marie Heitfeld, Christoph Bals, Janina Longwitz. Stand: Oktober 2019. Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- Poster und Postkarten: Fossile Energieträger, Klimawandel und Flucht – wie passt das zusammen? Nur Versandgebühr. www.germanwatch.org/de/16585
- Poster: Das Germanwatch-Wimmelbild. 8,50 Euro. www.germanwatch.org/de/16542
- Hintergrundpapier: Globale Klimakrise: Aufbruch in eine neue Zukunft. Nur Versandgebühr. www.germanwatch.org/de/14231
- Bildungsmaterial: Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung I und II. Je 5 Euro. www.germanwatch.org/de/14072 (I) bzw. www.germanwatch.org/de/14073 (II)
- Bildungsmaterial: Methodensammlung Klimaspiele. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/13445

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (030) 28 88 356-0, Fax (030) 28 88 356-1, oder per Post an Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin.

Name, Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

„Weit mehr als ein nichtiger Tropfen auf dem heißen Stein“

Interview mit Antje Brock und Julius Grund vom Institut Futur der Freien Universität Berlin



Am Institut Futur in Berlin betreiben Sie „Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung“. Was bedeutet das?

Wir betrachten, wie sich Bildungsprozesse und gegenwärtige sowie zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen wechselseitig beeinflussen. Außerdem erforschen wir, welche Kompetenzen Menschen brauchen, um die Welt in eine für sie wünschenswerte Richtung zu gestalten.

Viele Bildungsakteure fragen sich, warum wir – obwohl wir immer mehr über die Klimakrise und den zunehmenden Artenverlust wissen – unser Verhalten oft nicht ändern. Worin sehen Sie wichtige Gründe dafür?

Man ging recht lange davon aus, dass es reicht, Menschen zu informieren, damit sie ihr Verhalten ändern. Mittlerweile setzt sich jedoch auch über die wissenschaftlichen Diskurse hinaus die Erkenntnis durch, dass sich viele Menschen häufig entgegen ihres Wissens und ihrer Einstellung un-nachhaltig verhalten. Einer der Gründe dafür: Wir müssen auf Probleme reagieren, die wir meist sinnlich nicht unmittelbar erfahren. Beispielsweise bekommt man bei der Wahl zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln oder beim Einkauf kein emotionales Feedback dazu, welche Missstände in der Wertschöpfungskette verborgen sind und inwiefern man an der Ausbeutung von Mensch und Umwelt beteiligt ist. Es entsteht also eine gefühlsmäßige Entfremdung von den systemischen Zusammenhängen.

Unsere Forschung verweist zusätzlich darauf, dass sich die meisten Menschen nachhaltige

Zukünfte wünschen, diese aber für sehr unwahrscheinlich halten. In diesem Zukunftspessimismus sehen wir eine weitere Hürde, die einem stärkeren Einsatz für Nachhaltigkeit im Weg steht.

Sie sprechen davon, dass in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eine Passung von angebotenen Handlungsmöglichkeiten zur wahrgenommenen Problemgröße gegeben sein sollte. Was genau heißt das?

Globale Nachhaltigkeits Herausforderungen sind aufgrund ihrer Größe und Komplexität weder von einzelnen Menschen noch von einzelnen Nationen allein zu bewältigen, sondern benötigen bekanntermaßen globale Kooperation. Sich als Individuum diesen riesigen Problemen ausgesetzt zu sehen, kann daher schnell zu Überforderung und Hoffnungslosigkeit führen und dadurch in Passivität, Zynismus oder Verdrängung münden. Daher ist es entscheidend, dass proportional zur Problemgröße auch Möglichkeiten geboten werden, die Problemsachen wirksam bearbeiten zu können, sodass sich die eigenen Handlungen nach weit mehr als einem nichtigen Tropfen auf dem heißen Stein anfühlen.

Erfahrungen, selbst wirksam zu sein, liegen zunächst auf der individuellen Ebene, wenn ich z. B. entscheide, einen Beruf zu ergreifen, der die gesellschaftliche Nachhaltigkeitstransformation effektiv befördert. Vor allem aber in kollektivem Handeln wie etwa politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement. Gemeinsam lässt sich nicht nur mehr gesellschaftlich gestalten, sondern das soziale Eingebunden-

sein wirkt sich zusätzlich motivierend, erfüllend und sinnstiftend auf den Einzelnen aus.

Was sind weitere Faktoren, durch die BNE dazu beitragen kann, die Lücke zwischen erforderlichem Klimaschutz und tatsächlichem Handeln zu verkleinern?

Ein wichtiger Schlüssel, um die Wissens-Verhaltens-Lücke zu schließen liegt in Empathie. Durch dieses Hineinversetzen bewegen uns Probleme Anderer verstanden- aber vor allem auch gefühlsmäßig. Empathie wirkt so dem angesprochenen Problem der mangelnden sinnlichen Wahrnehmbarkeit von Nachhaltigkeitsproblemen entgegen und stärkt Solidarität und Verantwortungsbewusstsein.

Hinsichtlich eigener Handlungsmöglichkeiten junger Menschen kann der sog. gesamtinstitutionelle Ansatz viele Möglichkeiten bieten, Erfahrungen von Selbstwirksamkeit zu sammeln. BNE sollte daher in jedem Bildungssetting die Frage aufwerfen, an welchen Punkten die Bildungsinstitution selbst als Ort, Gebäude oder Verpflegungsanbieter sowie in ihrem weiteren Umfeld (Verband, Stadt, Kommune) effektive Stellschrauben bedienen kann, um die als Bildungsinhalt vermittelte Nachhaltigkeit auch selbst vorzuleben. Hier ist es besonders wirksam, Veränderungspotenziale partizipativ mit den Schüler*innen, Student*innen etc. zu erarbeiten und zu realisieren.

Interview: Marie Heitfeld

UNESCO: Mut zu transformativen Bildungsangeboten

Im November 2019 verabschiedet die Weltbildungs- und Kulturorganisation UNESCO „ESDfor2030“, das Nachfolgeprogramm für das BNE-Weltaktionsprogramm. ESD steht für Education for Sustainable Development, also Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Ziel ist es, durch transformative BNE wirksam zur Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs beizutragen. Darin gibt es spannende Weiterentwicklungen, wie die Durchsetzung eines ganzheitlichen Ansatzes

(Whole Institution Approach), der Nachhaltigkeitsprinzipien in Bildungsinstitutionen und -politik, (Schul-)Lehrplänen, Ausbildung und (Teilhabe-)Praxis sowie Gebäudemanagement und Lobbyarbeit stringent einfordert und nicht lediglich als eines von vielen Themen neben anderen behandelt.

„ESD in action is basically citizenship in action.“ Menschen werden dafür begeistert, sich direkt an politischen Prozessen zu beteiligen. Für Bildungsakteure ist es Zeit, diesen Rückenwind stärker zu nutzen und

die Fragen nach den strukturellen Ursachen von sozialer Ungerechtigkeit und ökologischem Raubbau mit Bildungsangeboten zu wirkungsvollen Handlungsmöglichkeiten zu beantworten. Es geht darum, lernen zu können, wie in gegenseitigem Respekt neue Wege zum gemeinschaftlichem Leben innerhalb sozialer und ökologischer Leitplanken entwickelt, ausprobiert und die politischen Rahmenbedingungen dafür eingefordert werden können.

Stefan Rostock

Die Hebelwirkungen des eigenen Tuns

Interview mit Klaus Milke, Mitgründer und bis September 2019 Vorstandsvorsitzender von Germanwatch



28 Jahre engagierte Arbeit mit und für Germanwatch – hättest du damit zu Beginn gerechnet?

Das ist zurückblickend schon ein wirklich langer Zeitraum. Tatsächlich haben wir damals manches durchaus schon geträumt, was Germanwatch heute darstellt und auch welche Relevanz wir mittlerweile in der politischen Arena haben.

Welche Veränderungen von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Sinne des Hand Prints konntest du mit Germanwatch anstoßen?

Im Bereich Finanzen und Unternehmensverantwortung war das sicherlich Ende der 1990er die von uns angestoßene Nachhaltigkeitsberichtsspflicht in der Riesterrechte. Dieses Engagement für Unternehmensverantwortung setzt sich bis heute – aktuell in der Initiative Lieferkettengesetz – fort.

Prägnant war auch die Begleitung der Ethikkommission zum Atomausstieg nach dem schreck-

lichen GAU in Fukushima 2011 und die Mitwirkung im Prozess der deutschen Energiewende bis heute.

Besonders wichtig war mir, Germanwatch als konsistent und kohärent agierenden Nachhaltigkeitsakteur in der internationalen Debatte um die 2030 Agenda der UN, aber auch bei deren Umsetzung in, mit und durch Deutschland zu etablieren.

Was sind aus deiner Sicht entscheidende Erfolgsfaktoren, um Strukturen in unserer Gesellschaft nachhaltiger zu gestalten?

Sich die Hebelwirkungen des eigenen Tuns immer wieder bewusst zu machen, ist sicherlich zentral. Aber auch Bildung für nachhaltige Entwicklung und Bildung für Entscheidungsträger sind für eine umfassende gesellschaftliche Transformation dringend erforderlich und ein Markenzeichen von Germanwatch.

Und wie hat Germanwatch dich verändert?

Die Zeit mit Germanwatch hat mir stark deutlich gemacht, dass auch wenige Menschen, die sich einig und gut vernetzt sind, kraftvolle Veränderungen in einer komplexen Gesellschaft bewirken können. Dabei kommt es darauf an,

die Logiksysteme der anderen zu verstehen, an gemeinsame Interessen und Ziele aktiv anzudocken und in mitunter ungewöhnlichen Allianzen neue gesellschaftliche Dynamik zu entwickeln.

Wie engagierst du dich zukünftig für eine nachhaltige Welt?

Meine mittlerweile vier Enkel mahnen mich, wie wichtig es ist, die Zukunft auch wirklich enkelfähig zu gestalten. Ich werde weiterhin mit der Stiftung Zukunftsfähigkeit unterwegs sein, die wir ja mal gegründet haben, um Germanwatch finanziell zu unterstützen. Über die Stiftung bleibe ich auch atmosphärisch und der Klimaklage im Fall Huaraz weiter verbunden. Natürlich schaue ich auch als Vorsitzender der Stiftungsplattform „Foundations 20“, wie sich sinnvolle Kooperationen mit Germanwatch ergeben können. Darüber hinaus werde ich Germanwatch als Ehrenvorsitzender begleiten. Ich mische mich also weiterhin mit ein...

Interview: Daniela Baum

Lesen Sie die ausführliche Langfassung des Interviews unter www.germanwatch.org/de/17068